

Reparaturwerkstatt der Agenda 2010: Die Aufgabe der großen Koalition für die SPD

von Carsten Sieling

Jede linke sozialdemokratische Strategiedebatte sollte das enttäuschende Wahlergebnis bei der Bundestagswahl zum Ausgangspunkt haben. Die Ursachen sind ebenso wie die Analysen vielfältig. Konsens ist: Verloren gegangenes Vertrauen lässt sich nicht von heute auf morgen wieder herstellen. Deshalb war es wichtig, dass die SPD-Verhandlungsstrategie für den Koalitionsvertrag konkret ausgelegt war. So konnten zentrale sozialdemokratische Forderungen im Koalitionsvertrag verankert werden. Die sozialdemokratischen Ministerinnen und Minister können wichtige Akzente in der Bundesregierung setzen – und sie tun es! Um es klar zu sagen: Es geht um die wirkliche Realisierung der Energiewende, einer (wenigstens im Einstieg erfolgenden) Schaffung eines demokratischen Staatsbürgerschaftsrechts, die Wiederherstellung kommunaler Handlungsfähigkeit u. v. a. m. Vor allem aber geht es für die SPD um Entgeltgleichheit, die nachhaltige Eindämmung des Niedriglohnsektors, einen ersten Schritt gegen die faktischen Rentenkürzungen, die Begrenzung von Leiharbeit und Werkvertrags(un)wesen und eine Politik gegen die Liberalisierung der Arbeitsmärkte. Kurz gesagt: Dieser Koalitionsvertrag holt die Maßnahmen der Agenda 2010 in die Reparaturwerkstatt und behebt damit die schlimmsten Schäden aus den Zeiten sozialdemokratischer Irrungen.

Deshalb war es auch gut und richtig, dass unsere Mitgliedschaft und der überwiegende Teil der Linken so überzeugend für diesen Vertrag gestimmt haben. Ich halte es daher auch anders als so mancher Kommentator in der spw für nur konsequent, dass alle, eben auch die Parteilinke mit allen Argumenten und Überzeugungen für diesen Vertrag und damit diese natürlich schwierige Koalition geworben haben.



☞ Dr. Carsten Sieling, MdB ist Sprecher der Parlamentarischen Linken der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag und Mitglied im SPD-Parteivorstand.

Foto: © spdfraktion.de

Die zentrale Aufgabe der nächsten ein bis anderthalb Jahre besteht darin, die vereinbarten sozialdemokratischen Projekte durchzusetzen und in Gesetzesform zu gießen. Hierin besteht nach meiner Auffassung die zentrale Aufgabe der Parlamentarischen Linken.

Dabei steht im Vordergrund, die konservativen Aufweichungsversuche gegenüber den Vereinbarungen zurückzukämpfen. Trotzdem wird es eine Reihe wichtiger Detailfragen geben, in denen ungeliebte Kompromisse unausweichlich sein werden. Das heißt im Klartext: Wenn die Richtung stimmt, halte ich wenig davon, die Bedenken nach außen zu kehren, sondern werbe dafür, den Kerninhalten, und -zielen zum Durchbruch zu verhelfen.

Also alles gut? Das wäre ein gigantischer Irrtum. Spätestens 2016 werden wesentliche Verabredungen des Koalitionsvertrages umgesetzt und die wichtigsten sozialdemokratischen Projekte ins Werk gesetzt sein. Dafür müssen wir gewappnet sein und Grundlagen für die zweite Etappe der Legislatur gelegt haben. Die Aufgaben werden vielfältig sein:

- Stärkung von Forschung, Innovation und Bildung mit echter BAföG-Reform,
- Modernisierung der Infrastruktur einschließlich einer Digitalisierungsstrategie,

- eine Reaktivierung aktiver Arbeitsmarktpolitik, die endlich die Einlösung des Förderungsversprechens für Langzeitarbeitslose beinhaltet,
- ein Bundesteilhabegesetz mit einer Verbesserung der Inklusion und einer Entlastung der Kommunen sowie
- die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen mit dem Ziel einer durchgreifenden Stärkung der Finanzkraft von Ländern, Städten und Gemeinden durch Abbau von Altschulden und Soziallasten sowie öffentlicher Investitionstätigkeit.

Diese Aufgaben lassen sich nur erfüllen, wenn auch das Geld dafür verfügbar ist. Fakt aber ist: Die öffentlichen Investitionen in Deutschland sind in den letzten Jahren zurückgegangen. Anfang der 70er Jahre lag ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt noch bei gut 4,5 Prozent, mittlerweile ist er auf unter zwei Prozent abgesunken und die Bröckelrepublik nimmt traurige Gestalt an. Man spricht von 100 Milliarden fehlenden Euro: jährlich! Hinzu treten konsumtive Bedarfe z. B. bei Dienstleistung, Bildung und Pflege.

Um diesen Investitionsattentismus zu beheben, reicht nicht der Verweis auf vermeintliche Rekordsteuereinnahmen, die angeblich alles Drehen an der Steuerschraube verbieten. Es lohnt ein genauer Blick auf die Zahlen. Zwar beliefen sich die prognostizierten Einnahmen auf über 600 Milliarden Euro in diesem Jahr. Auch in den kommenden Jahren zeigt die Kurve nach oben. Nur: Rekordsteuereinnahmen sind in wachsenden Volkswirtschaften nicht die Ausnahme, sondern die Regel. In 52 von 61 untersuchten Jahren gab es in Deutschland Steuerrekorde zu vermelden. Völlig normal also. Allerdings: die Steuereinnahmen liegen noch immer Dutzende Milliarden unter dem, was vor der Finanz- und Wirtschaftskrise für die Jahre 2012 oder 2013 von den hoch anerkannten Steuerschätzern

offiziell erwartet wurde. Wer wirklich Schulden abbauen und gleichzeitig auch noch investieren will, muss sagen, wo das Geld dafür herkommen soll. Sonst bleiben alle Konzepte blasse Tagträumerei.

Hier allerdings stehen wir vor spannungsreichen Debatten in unserer Partei. Das liegt an den krass unterschiedlichen Ursachenanalysen des Bundestagswahlergebnisses. Aktuell wird behauptet, es seien unsere steuerpolitischen Positionen gewesen, die die Menschen von der Stimmabgabe für die SPD abgehalten hätten. Dahinter steckt die Vorstellung, Wahlen würden in der Mitte gewonnen. Irrtum! Die SPD ist nur zwischen 1998 und 2009 von 20 Millionen auf zehn Millionen Wählerstimmen gerutscht und 2013 auf nur zwölf Millionen Stimmen wieder aufgewachsen. Wähler im Wartestand hat Peer Steinbrück das Problem während seiner Wahlkampagne genannt, denn der Block rechts der Mitte hat in den Jahren 1998 die bei uns verlorenen Stimmen nicht dazu gewonnen. Er ist lediglich stabil geblieben.

Die falsche Wahlanalyse, deren tagespolitisches Gesicht sich schon jetzt beispielsweise mit dem Lob der „schwarzen Null“ im noch aus schwarz-gelber Zeit stammenden Bundeshaushalt zeigt, ist nichts anderes als der Versuch, eines Rollbacks in der sozialdemokratischen Programmatik und Politik. Das Wahlprogramm 2013 aber war eines der besten in der jüngeren sozialdemokratischen Geschichte. Ein Verdienst der Parteilinken. Mehr Mobilisierung für die richtige Politik ist notwendig. Eine Aufgabe der ganzen Partei mit der Parteilinken als Motor! ■

¹ Siehe hierzu und zu weiteren Verfälschungen: www.steuermymthen.de.